

Jörg Hofmann

Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg



Mündlicher Geschäftsbericht zur 62. Ordentlichen Bezirkskonferenz

Der IG Metall Baden-Württemberg am 31. Mai 2011

Böblingen CCBS Kongresshalle

Strategie Zukunft – Arbeit sicher und fair

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Lasst mich Euch zur 62. Bezirkskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg recht herzlich begrüßen. Letztes Jahr feierten wir unsere 60-jährige Geschichte als IG Metall in Baden Württemberg. Gegründet zwei Jahre vor der Gründung dieses Bundeslandes 1952. Ausgenommen die ersten 18 Monate der Geschichte dieses Bundeslandes, in denen eine Koalition aus DVP und SPD regierte, hatten wir es in den folgenden 58 Jahren und 58 Bezirkskonferenzen mit einer CDU geführten Landesregierung zu tun. Seit März 2011 haben sich die Verhältnisse geändert – und ich hoffe auf mehr als 18 Monate. Ein Ereignis, das diese 62. Bezirkskonferenz prägt, was auch an den Gästen unserer heutigen Bezirkskonferenz deutlich wird.

Die Ergebnisse der Landtagswahl geben Hoffnung auf den notwendigen Wechsel in zahlreichen Politikfeldern, aber auch keinen Anlass, zumal für Gewerkschaften, zum Übermut. Tatsache ist, dass die Parteien, die am ehesten mit unserem Kernthema „Soziale Gerechtigkeit“ identifiziert werden, SPD und Linke, relative Stimmenverluste hinnehmen mussten. Tatsache ist, dass es auch bei Grün-Rot keine Selbstverständlichkeit ist, dass unsere Interessen nach guter Arbeit, mehr Beschäftigung in sicheren Arbeitsverhältnissen, keine Selbstläufer sind. Das haben schon die ersten Wochen gezeigt. Und Tatsache ist: Die Handlungsmöglichkeiten einer Landesregierung sind außerhalb ihrer Kultushoheit begrenzt. Wir haben noch dieselbe Bundesregierung und vor allem dieselben Arbeitgeber.

Wir tun gut dran, auch bei einer grün-roten Landesregierung unser Verhältnis zur Politik so zu bestimmen, wie wir es auch mit den Vorgängerregierungen taten: Selbstbewusst, konstruktiv in der Sache, aber auch kritisch, wenn es sein muss. Wir sind keine Regierungsgewerkschaft, wie wir auch keine Gewerkschaftsregierung erwarten. Was wir erwarten, ist ein konstruktiver Dialog und ein Einlösen des Versprechens nach mehr Beteiligung auch der Beschäftigten, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften in diesem Land.

Wir haben gestern im Vorfeld dieser Bezirkskonferenz der Presse ein landespolitisches Memorandum der IG Metall vorgestellt, das versucht unsere Positionen zu bündeln und ich gehe davon aus, dass sowohl der stellvertretende Ministerpräsident Nils Schmid, wie auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann, darauf auch eingehen werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wir blicken auf 12 Monate einer rasanten Aufholjagd der Konjunktur, nach dem tiefen Einbruch der Weltwirtschaftskrise zurück.

Nach einem Einbruch des BIP von über 5% 2009, erholte sich die bundesdeutsche Wirtschaft 2010 mit einem Plus von 3,6%. Allein im ersten Quartal 2011 stieg das BIP um 5,2%. So dass das Vorkrisenniveau erreicht ist.

Die Prognosen gehen für das gesamte Jahr 2011, aber auch 2012, von einem weiter stabilen Wachstum aus.

Trotz stabiler Zahlenwelten: Die Entwicklung bleibt brüchig. Tatsache ist:

Keine der wesentlichen Ursachen dieser Krise. Weder die Deregulation der Finanzmärkte und der Freibrief für schamloses Spekulantentum, noch die Deregulation der Arbeitsmärkte, mit der Folge der massiven Zunahme von Ungleichheiten zwischen einer wachsenden Schicht Reicher und Su-

perreicher und der Verelendung von Millionen von Menschen in prekären Jobs, auch in Wohlstandsstaaten, wie Deutschland, hat Korrekturen erfahren.

Im Gegenteil:

Die Euro-Krise macht dies deutlich. Zwischenzeitlich wird gegen ganze Länder spekuliert. Und auch die Antworten der Regierenden sind die selben: Deregulation der Arbeitsmärkte, Kürzung von Sozialleistungen, Erhöhung der Verbrauchssteuern und wieder leiden Millionen Europäer an der Fortsetzung einer Politik, die wir gehofft haben, dass sie überwunden ist.

Wer so handelt, der schürt Europafeindlichkeit. Das Aufblühen nationalistischer und europafeindlicher Parteien am rechten Rand von Frankreich bis Finnland ist die Folge dieser Politik.

Ja, strukturelle Anpassungen der Ausgaben an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Länder sind notwendig. Aber notwendig ist vor allem auch ein Mehr an Investitionen, ein Mehr an Wachstum und damit Beschäftigung.

Wir brauchen ein Bild Europas, das versucht Unterschiede in der nationalen Leistungsfähigkeit durch eine große solidarische Anstrengung auszugleichen. Die „Friedensrendite“ eines geeinten und friedlichen Europas ist gerade auch für unsere Branchen weit höher als die dafür notwendigen auch finanziellen Anstrengungen.

Wir brauchen ein demokratisch legitimes Europa, ein Europa der Menschen und nicht der Konzerne. Ein Europa des Friedens und nicht ein Europa des Völkerhasses - und dafür lohnt es sich zu kämpfen, Kolleginnen und Kollegen.

Wenn der 1. Mai, wie dieses Jahr in Heilbronn, von Faschisten missbraucht wird, um Ausländerfeindlichkeit zu schüren, dann fordert es den Widerstand aller Demokraten. Die Heilbronner Bürgerinnen und Bürger haben dies eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Ich sage daher auch hier: Keinen Platz für Faschisten in diesem Lande. Und ich fordere die neue Landesregierung auf: Ergreifen sie mit die Initiative, endlich ein Verbot der NPD durchzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch die Metall- und Elektroindustrie kann auf einen fulminanten Aufschwung zurückschauen.

Wir haben zwar zum Vergleichsquartal 2007 noch nicht im vollen Umfang das Vorkrisenniveau erreicht, doch können wir feststellen: Die IG Metall hat in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und der Politik diese Krise überstanden, ohne dass es zu einem Wegbrechen industrieller Wertschöpfungsketten kam.

Dies ist eine enorme Leistung. Vergleichen wir dies auch mit anderen westeuropäischen Staaten. Kein Land hat die Krise so erfolgreich gemeistert und ist so schnell aus der Krise herausgekommen, wie Deutschland – gerade in unseren Branchen. Dieser Erfolg hat zwei Komponenten: Die Stabilität der Beschäftigung und eine relativ hohe Stabilität der Einkommen. Ich brauche die Zahlen nicht weiter zu interpretieren.

Betrachten wir die letzten 12 Monate können wir feststellen:

Im ersten Quartal stiegen die Umsätze um über 20%, die Produktion um nahezu 19% zum Vorjahresquartal. Im wesentlichen wurde dies über eine deutlich höhere Produktivität und eine Auswei-

tung des Arbeitsvolumens realisiert. Die Anzahl der Beschäftigten stieg um ganze 1,5 %. Die Entgelte stiegen im wesentlichen durch die Erhöhung der Arbeitszeit, beziehungsweise Rückführung von Kurzarbeit und Beschäftigungssicherungs-TV. Nicht berücksichtigt sind in diesen Zahlen die teilweise hohen zusätzlichen Einmalzahlungen zu Beginn des Jahres.

Diese Zahlen decken sich mit den Erfahrungen, über die unsere Kolleginnen und Kollegen berichten: Die Personaldecke wird knapp gehalten, aber der Leistungsdruck steigt, die Arbeitszeiten werden ausgeweitet, Schichtsysteme ausgebaut, auch um Investitionen zu vermeiden. Wir haben über diese Problematik vor einigen Tagen auf einer großen Betriebsrätekonferenz ausführlich beraten.

Der Personalaufbau von ca. 11.000 Beschäftigten wirkt nach dem Abbau von über 70.000 Beschäftigten während der Krise wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Und auch dieser Aufbau wird vor allem durch befristete Arbeitsverhältnisse realisiert. Was floriert, ist die Leiharbeit. Hier wurden in den letzten Monaten 40.000 Jobs neu geschaffen. Davon sind heute 43% in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie beschäftigt. Wir können daher von über 20.000 zusätzlichen Leiharbeitern in unseren Branchen ausgehen.

11.000 mehr Stammpersonal – 20.000 mehr Leiharbeiter. Allein diese Zahlen strafen die Arbeitgeberverbandsvertreter Lügen, die behaupten, ich zitiere Herrn Kannegießer: „Der Schwerpunkt liegt klar auf der Stammebelegschaft.“ Hier soll die Öffentlichkeit ruhig gehalten werden, um ein schändliches Spiel zu vertuschen. In vielen Betrieben wird systematisch der Austausch von Stammebelegschaft durch prekäre Beschäftigten, insbesondere auf Arbeitsplätzen für Un- und Angelernte, betrieben.

Unter diesem Vorbehalt sind auch die Erfolgsmeldungen auf dem Arbeitsmarkt kritisch zu hinterleuchten. Zwar beträgt die Arbeitslosenquote (April 4,2%) und hat in manchen Arbeitsagenturbezirken mit deutlich unter 3% die offizielle Definition von Vollbeschäftigung erreicht. Doch dahinter stehen auch in Baden-Württemberg abertausende von prekären Jobs.

7% der Jobs sind befristet,
11% der Beschäftigten haben eine geringfügige Beschäftigung,
3% sind Leiharbeiter.

Hinzu kommen Praktikanten, sogenannte freie Mitarbeiter, aber auch erzwungene Teilzeitjobs, die knapp über der Grenze zur geringfügigen Beschäftigung liegen.

Oder anders: Fast jeder 4 Job in diesem Bundesland ist einer, der keine Sicherheit, oder ein für den Lebensunterhalt nicht ausreichendes Einkommen bietet und oft beides zusammen.

Wir sagen: Von Vollbeschäftigung kann man nur dann reden, wenn die Menschen Arbeit mit Perspektive und Sicherheit, Arbeit mit einem ausreichenden Einkommen für ihren Lebensunterhalt und der ihrer Familien haben.

Ministerpräsident Kretschmann liegt richtig wenn er sagt, dass die Entwicklung des Arbeitsmarkts durch die „Zunahme der prekären, ungesicherten und unterbezahlten Beschäftigung gekennzeichnet“ ist. Und es ist nicht nur unausstehliche Selbstgefälligkeit, sondern Zynismus gegenüber den Betroffenen, wenn Herr Hundt antwortet: „Baden-Württemberg muss nicht zum Musterland für Gute Arbeit gemacht werden, dieses Land ist es bereits.“

Kolleginnen und Kollegen,

damit der Aufschwung bei den Menschen ankommt, müssen wir handeln – und wir taten dies erfolgreich auch im Berichtszeitraum.

Zuallererst im Betrieb. Hier nur einige Beispiele betrieblicher Auseinandersetzungen.

Beispiel Bosch Feuerbach: Für über 100 Auszubildende war die Übernahme-situation nach Auslaufen einer Vereinbarung unklar. Aber anstatt eine unbefristete Übernahme zuzusagen, will die Geschäftsleitung befristet Leiharbeiter einstellen. Betriebsrat und Jugendvertretung verständigen sich für die unbefristete Übernahme einzutreten. Mit täglichen Mahnwachen, Infos auf Betriebsversammlungen und einer guten Öffentlichkeitsarbeit wird Druck entwickelt. Mit Erfolg: Für die nächsten 3 Jahre konnte die unbefristete Übernahme für alle technisch-gewerbliche Auszubildenden erstritten werden. Dies gilt im Grundsatz auch für kaufmännische Auszubildende und dual Studierende.

Beispiel Huber Metallverpackungen Öhringen: Wenn die Grillparys steigen, und der Bedarf an Partyfässern hoch ist, geht bei Huber die Post ab. Bis dato wurden zusätzlich Ferienarbeiter und befristet Beschäftigte, oft Familienangehörige eingesetzt. Die Bedingungen waren die gleichen, wie die der Stammschicht. Die Geschäftsleitung kam auf die Idee, diese Befristungen durch kostengünstigere Leiharbeiter zu ersetzen. Der Widerspruch des Betriebsrats nach § 99 führte in die Sackgasse. Die Belegschaft fand sich damit aber nicht zurecht, sondern legte spontan die Arbeit nieder. Die Mitglieder der IG Metall forderten einen Tarifvertrag, der dem Betriebsrat mehr Rechte gab und Leiharbeit begrenzen sollte. Es kam zu weiteren Warnstreiks und unter diesem Druck zu einer Betriebsvereinbarung. Leiharbeit ist bei Huber grundsätzlich ausgeschlossen. Die befristet Beschäftigten werden nach ERA eingruppiert.

Beispiel KBA Metalprint Stuttgart: Die Wirtschaftskrise hat zu einem Umsatzeinbruch geführt. Der Vorstand entschied 150 der 310 Beschäftigten zu entlassen, Fertigung und Montage sollten geschlossen werden. Der Betriebsrat befürchtete zu Recht, dass damit das Aus für den gesamten Standort eingeläutet wird. Die Belegschaft akzeptierte dies nicht. Tagelange Betriebsversammlungen, Protestaktionen vor dem Tor, Mahnwachen, Kundgebungen zwangen die Geschäftsleitung zur Änderung ihrer Politik. Die Belegschaft wurde zwar, insbesondere mit Aufhebungsverträgen, auf 250 reduziert. Aber die Struktur des Betriebes mit Fertigung und Montage blieb erhalten. Die IG Metall konnte ihren Organisationsgrad kräftig ausbauen.

Soweit einige exemplarische Beiträge über betriebliche Auseinandersetzungen.

In der Tarifpolitik konnten wir das System des Flächentarifs stabilisieren und mit unseren Mitgliedern höhere Entgelte durchsetzen.

So kam es zu Tarifabschlüssen im Kraftfahrzeug-, Schreiner-, Glaserhandwerk, Heizungsindustrie, Textil- und Bekleidung, textilen Dienstleistungen, Bettwarenindustrie, Miederindustrie und der Schmuck und Edelmetallindustrie. Bemerkenswert ist, dass wir dabei nicht nur unsere Tarifbindung stabilisieren, sondern auch qualitative Themen durchsetzen konnten. So konnten wir im Kraftfahrzeughandwerk und in den Wäschereien Altersteilzeitregelungen durchsetzen. In der Edelmetallindustrie wurde ein Fonds zur Unterstützung der persönlichen Weiterbildung eingerichtet, in den 0,15% der monatlichen Entgeltsumme fließen und der zur Finanzierung von Lehrgangsgebühren, aber auch Stipendien verwendet werden kann.

Aktuelle befinden wir uns in einer Tarifaueinandersetzung bei Holz und Kunststoff. Unsere Kolleginnen und Kollegen fordern ein Plus von 5.8%. Die Arbeitgeber haben bis heute nur ein unzureichendes Angebot von 2 und 1,7% auf 24 Monate vorgelegt. Die Beschäftigten dieser Branchen lassen sich nicht unterkriegen. Über 1500 Holzler haben sich in den letzten Tagen hier im Ländle an Warnstreikaktionen beteiligt. 6000 Beschäftigte waren insgesamt an Aktionen beteiligt. Und klar ist: Wird nicht deutlich nachbessert, sind weitere Warnstreikaktionen nach Pfingsten geplant. Wir werden als gesamte IG Metall diese Tarifaueinandersetzung nicht nur als stiller Leser, sondern durch aktive Solidarität begleiten, Kolleginnen und Kollegen,

Apropos Leser. Wer sich zur Zeit über das Geschehen der Welt informieren will, findet morgens oft eine ziemlich dünne Tageszeitung im Briefkasten. Der Hintergrund ist der berechtigte Protest der Redakteure und Drucker gegen maßlose Kürzungsforderungen der Verleger. 15% niedrigere Einstiegsentgelte für Redakteure, die sich bis auf 30% Entgeltverlust summieren können. Verlängerung der Arbeitszeit von 35 auf 40 Std. bei den Druckern. Kolleginnen und Kollegen, und das sagen wir auch gerne den Redakteurinnen und Redakteuren heute hier im Saal. Seid euch der Solidarität der IG Metall gewiss. Wer mitten im Aufschwung den Menschen mit Lohn und Leistungskürzungen droht, der überzieht, der provoziert, der fordert Widerstand heraus.

Kolleginnen und Kollegen, unsere betrieblichen und tariflichen Handlungsbedingungen sind im Wesentlich geprägt von den Rahmenbedingungen, die uns Politik vorgibt.

Beginnend mit einer großen Funktionärskonferenz am 22. September 2010 mit über 2500 Kolleginnen und Kollegen starteten wir in unsere Herbstaktionen für eine Kurswechsel. „Gerechtigkeit geht anders, Frau Merkel!“ – dies galt und gilt in vielen Politikfeldern. Dies gilt, wenn Hartz IV Empfänger und Arbeitslose durch das Sparpaket belastet, die hohen Einkommen und Vermögen aber weiter nicht zur Kasse gebeten werden. Dies gilt, wenn eine Rentenpolitik die realen Arbeitsbedingungen nicht anerkennt, Menschen nach einer Lebensleistung im Beruf in die Altersarmut geschoben werden. Dies gilt, wenn Menschen in prekäre Beschäftigung, in Leiharbeit und Mini-Jobs gedrängt werden, statt ihnen ausreichendes Einkommen, zumindest durch einen gesetzlichen Mindestlohn zu gewähren. Dies gilt, wenn junge Menschen in jahrelange Befristungsschleifen, Praktikas und unterqualifizierte Jobs geschoben werden, statt ihnen Perspektiven ihrer beruflichen Entwicklung zu geben.

Über 300.000 Beschäftigte konnten wir über vielfältige betriebliche Aktionen während unserer Aktionswoche Mitte Oktober erreichen. Über 150.000 Protestkarten zum Sparpaket wurden während dieser Aktionen gesammelt. Selten, außerhalb einer Tarifrunde, kamen wir so in die Breite der Belegschaften, aber auch der Öffentlichkeit. Über 150 Presseartikel, allein in der regionalen Presse, berichteten über unsere Aktivitäten.

An der Kundgebung am 13.11.2011 in Stuttgart mit 45.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern nahmen über 30.000 Metallerrinnen und Metalller teil. Der von der Kundgebung auf den Weg nach Berlin geschickte Truck, voll beladen mit Protestkarten, bildete den symbolischen Höhepunkt dieser Aktivitäten.

Eine der Schlussfolgerungen der Herbst-Aktivitäten war: Wir müssen an diesem Themen dran bleiben, zuspitzen, aber auch zu Ergebnissen kommen. Die Zuspitzung ist dort am ehesten möglich, wo wir unmittelbar handlungsmächtig sind: In der Betriebs- und Tarifpolitik. Dies bedeutet aber nicht die Politik aus der Verantwortung zu lassen. Daher warben wir im Vorstand der IG Metall mit Erfolg die Aktivitäten fortzuführen und zunächst auf die Themenfelder: Leiharbeit und Übernahme-situation der Auszubildenden zuzuspitzen. Am bundesweiten Aktionstag am

24.2.2011 beteiligten sich über 90.000 Beschäftigte in über 300 Betrieben des Bezirkes, davon 43.000 an Protestkundgebungen während der Arbeitszeit.

Dennoch gelang es uns noch nicht, den ausreichenden Druck auf den Gesetzgeber zur Veränderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu entwickeln. Wir ziehen daraus Konsequenzen:

1. Die Politik kann nicht aus der Verantwortung genommen werden, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ist zu verändern. Equal pay und die Einführung des Synchronisationsverbots sind zwingend notwendig. Eine klare Forderung an die Landesregierung ist: Ergreifen sie die Initiativen im Bundesrat damit endlich Schluss ist mit Belegschaften erster und zweiter Klasse !
2. Wir werden weiter betriebspolitisch und tarifpolitisch agieren, um den Betriebsräten bessere Handlungsmöglichkeiten zu geben, Leiharbeit zu verhindern, oder zumindest den Einsatz von Leiharbeit im Betrieb zu regulieren. Hier sind wir in einer breiten Diskussion auch in der Großen Tarifkommission der Metall- und Elektroindustrie.
3. Wir werden auch auf diesen Handlungsebenen nicht locker lassen, was die Frage ausufernder Befristungen und hier insbesondere die nur befristete Übernahme von Auszubildenden angeht. Wir wollen, dass die unbefristete Übernahme der Auszubildenden wieder zur Regel wird und wir werden dafür kämpfen, Kolleginnen und Kollegen !

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dafür braucht es eine mitgliederstarke gut verankerte IG Metall im Betrieb. Wir mussten 2010 einen Verlust von 1,1% der Mitglieder und 1,3% der betriebsangehörigen Mitglieder hinnehmen. Dennoch stieg unser Organisationsgrad, da die Beschäftigung noch etwas deutlicher abfiel.

Der Trend der Mitgliederentwicklung hat sich in den letzten Monaten gewendet.

Aktuell haben wir im Mai gegenüber dem Vorjahr schon ein leicht positives Ergebnis bei den betriebsangehörigen Mitgliedern. Wir haben damit die reale Chance bis Ende des Jahres die Schwelle von 300.000 betriebsangehörigen Mitgliedern, die wir während der Krise unterschritten hatten, wieder zu übertreffen und ein deutlich positives Ergebnis zu erzielen.

Ob dies uns bei den Gesamtmitgliedern gelingt bleibt abzuwarten. Hier liegen wir zur Zeit 0,7% hinter dem Vorjahreswert. Dennoch besteht die reale Chance bei einer Fortentwicklung der aktuellen Trends, mit einem deutlichen Minus von Abgängen und einer ebenso deutlichen Steigerung der Neuaufnahmen dieses Ziel zu erreichen.

Die Situation in den Verwaltungsstellen ist dabei sehr unterschiedlich. 12 Verwaltungsstellen haben eine positive, teilweise deutlich positive Entwicklung ihrer betriebsangehörigen Mitglieder. Dort wo wir signifikant negative Entwicklungen haben, erklären sich diese teilweise aus betrieblichem Personalabbau, oder im Falle Mannheim des Wechsels eines großen Betriebes, Vögele, in die Pfalz. Dennoch zeigt diese Darstellung: In allen Verwaltungsstellen ist noch Luft drin nach oben und wir dürfen in unserem Ehrgeiz hier nicht nachlassen.

Dies gilt für die Werbung neuer Mitglieder, etwa mit Hilfe der Sommerwerbeaktion, wie die Halbtarbeit. Dies gilt für die systematische Vorbereitung der Auszubildendenwerbung im Herbst.

Es besteht eine reale Chance auf einen deutlichen Trendwechsel, ein Zurück zu unserem Erfolgsjahr 2008, wenn wir jetzt alle zulegen, Kolleginnen und Kollegen.

Alle Kräfte zu konzentrieren, auf das was uns stark macht, unsere Verankerung im Betrieb, war das Ziel des Projekts IG Metall 2009. Wir haben im Herbst letzten Jahres über den Stand des Projekts in zwei Regionalversammlungen informiert. Nun beginnt mit der Geschäftsplanrunde 2011 die Umsetzung.

Mit dem Beschluss des Vorstands über den neuen Budgetschlüssel ergibt sich für unseren Bezirk ein rechnerisches Volumen von gut 4 Millionen Euro, die wir gezielt in Schwerpunkte der Mitgliederentwicklung einsetzen wollen.

Dies ist auch Voraussetzung, dass die IG Metall ihre Flächenpräsenz über Büros und Anlaufstellen im Lande nicht nur halten, sondern tendenziell ausbauen kann. Über Kooperationen lässt sich dies besser und effektiver bewältigen. Im Berichtszeitraum haben sich zu den schon vorhandenen Kooperationsprojekten, eine Kooperation der mittelbadischen Verwaltungsstellen Gaggenau, Karlsruhe, Bruchsal, Pforzheim dazugesellt. Weitere Kooperationsprojekte sind in Vorbereitung. Damit befinden sich im Bezirk 22 der 27 Verwaltungsstellen in Kooperationsprojekten, die auch den gemeinsamen Einsatz von Personal vorsehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Landtagswahl fand unter dem Eindruck der Naturkatastrophe in Japan und der dadurch ausgelösten Havarie des Atomkraftwerks in Fukushima. statt Dieses Ereignis hat vielen Menschen nochmals vor Augen geführt: Es gibt keine sichere friedliche Nutzung der Atomkraft – wir brauchen Alternativen zur Nukleartechnologie, wollen wir nicht ständig am Abgrund einer nuklearen Katastrophe leben. Atomausstieg jetzt – unter dieser Forderung haben am 23. März und letzten Samstag auch IG Metalller für einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie demonstriert.

Die nukleare Bedrohung, die Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch den Klimawandel sind Beispiele dafür, dass ökologischer Wandel zwingend ist. Aber dies sind auch Beispiele dafür, dass dieser Wandel letztlich nicht durch die Kräfte des Marktes gesteuert, sondern nur durch staatliche Regulation erzwungen werden kann. Den regulationsgetriebenen strukturellen Wandel, auch in unseren Kernbranchen, sozial zu gestalten, ist eine der zentralen Herausforderungen. Wir verlangen eine ökologische und soziale Nachhaltigkeit und dies bedeutet, dass die Interessen der Menschen nach sicherer und qualifizierter Beschäftigung in diesem strukturellen Wandel Berücksichtigung finden.

Wir haben in unserem gestern der Presse überreichten landespolitischen Memorandum wesentliche Eckpunkte, für ein ökologisch und soziales Wachstum benannt. In allen Wachstumsfeldern ergeben sich Chancen für unsere Branchen, die genutzt werden müssen, wollen wir hier Innovationsführerschaft erhalten. Seien es neue Antriebstechnologien, neue Mobilitätskonzepte, seien es neue Materialien, wie hybrider Leichtbau, seien es Konzepte für mehr Energieeffizienz in Investitionsgütern, oder die Bereitstellung von Technologien einer emissionsfreien oder zumindest emissionsarmen Energieerzeugung diesseits des Atomstroms – für all diese Technologien steckt hohes Potential in unseren Branchen.

Zwei Feststellungen sind sicher zu treffen: Jeder strukturelle Wandel kann auch die Gefährdung bestehender Arbeitsplätze bedeuten. Da müssen wir langfristig vorbauen, analysieren um gegensteuern zu können.

Daher führen wir, gefördert durch den Bund, das Projekt „Innovation und Kompetenz“ durch, damit Betriebsräte fit sind, für die Einschätzung von Zukunftschancen.

Daher unterstützt die IG Metall zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung, dem Daimler GBR und dem Unternehmen das Projekt ELAB, das die Auswirkungen alternativer Antriebe auf die Beschäftigung in der Wertschöpfungskette untersucht.

Aber sicher ist auch: Verlieren wir in diesen Fragen die Innovationsführerschaft, verlieren wir langfristig und dauerhaft an Beschäftigung in der gesamten Wertschöpfungskette.

Wichtig ist daher auch, die kleinen und mittleren Unternehmen, die Maschinenbauer und Zulieferer zu befähigen diese Technologien sich anzueignen, sich hier neue Nischen zu suchen. Dies verlangt einen besseren Zugang zur Forschung, die Kooperation mit den Großunternehmen im Lande, Unterstützung bei der Finanzierung notwendiger Innovationen, aber auch entsprechende Angebote für Aus- und Weiterbildung.

Hier setzt unser Vorschlag von Technologiezentren an, die diese Aufgabe wirkungsvoll erfüllen können. Konkret unterwegs sind wir hier als IG Metall bei den Themen Leichtbau und Energieeffizienz.

Wir haben eine zweite strukturelle Veränderung vor uns, die unsere Arbeitsplätze und ihre Zukunft deutlich beeinflusst. Die Krise hat nochmals einen enormen Schub in der Weltwirtschaft, hin in die BRIC-Staaten, China, Brasilien, Indien, Russland ausgelöst.

Die Internationalisierung der Produktion, aber auch zunehmend die Internationalisierung der Entwicklung ,der Dienstleistungen wird sich beschleunigen. Damit stellt sich für uns zugespitzter denn je die Frage: Was bedeutet dies für unsere Arbeitsplätze ? Was bedeutet dies für den Innovationsstandort Baden-Württemberg in Zukunft ? Ist er nur Ideenschmiede oder werden diese Ideen auch hier umgesetzt. Gibt es nur Arbeit für Entwickler, oder auch für Facharbeiter und einfache Tätigkeiten. Auch hier ist Politik gefordert, damit Investitionen nicht allein den Subventionsströmen folgen, sondern dass auch in Zukunft das Erfolgsmodell der engen Verzahnung von Entwicklung und Produktion am Standort Baden-Württemberg gesichert bleibt.

Denn nur so kann auch dieses Land die Leistungskraft aufbringen, notwendige Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu schultern.

Und eine dynamische Wirtschaft braucht gut ausgebildete Fachkräfte. Dies beginnt mit der Quantität und Qualität der Ausbildung, der Ausstattung der beruflichen Schulen und der Übernahme der Auszubildenden. Dies verlangt aber auch die Nutzung der Potentiale der Menschen, statt ihre Vernutzung. Gerade angesichts des auf uns zukommenden demographischen Wandels.

Unsere Kollegen vom Arbeits- und Gesundheitsschutz und nicht nur sie vermerken tagtäglich: Arbeits- und Leistungsdruck nimmt zu, die Menschen vernutzen gesundheitlich. Hier muss gegengesteuert werden. Durch mehr betriebliche Prävention und Gesundheitsschutz.

Wir brauchen mehr Gleichstellung und bessere Chancen für Frauen im Berufsleben. Wir können die best ausgebildete Frauengeneration nicht von gleichen beruflichen Entwicklungschancen ausschließen.

Und wir brauchen ein Mehr an Bildung, Aus- und Weiterbildung. Wir haben mit der Gründung unserer Initiative „Bildung und Beschäftigung“ im Herbst dieses Thema aufgegriffen. Eine Initiative, die wir nun auch nach der Landtagswahl fortführen wollen. Zusammen mit zahlreichen prominenten Unterstützern.

Ganztagesbetreuung, die für Eltern bezahlbar ist, Ausbau der frühkindlichen Bildung und mehr individuelle Förderung, längeres gemeinsames Lernen – hier braucht es auch in Zukunft Treiber in dieser Gesellschaft.

Ich will hier auch eine klare Kritik am Koalitionsvertrag äußern: Wer sich freiwillig der Schuldenbremse unterwirft, nimmt sich notwendigen Handlungsspielraum.

Ich spreche mich nicht gegen eine Begrenzung des Haushaltsdefizits aus. Aber Tatsache ist, dass die überschuldeten Kommunalhaushalte und der heute schon eng genährte Landeshaushalt keine Ausgabenverkürzungen mehr ertragen, nur bedingt über Umschichtungen zu agieren ist und daher eine Erhöhung der Einnahmeseite zwingend ist, will man sich Handlungsfähigkeit erhalten.

Statt dem Tritt auf die Schuldenbremse brauchen wir ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit. Es müssen endlich die zur Finanzierung von Krisenlasten und Zukunftsaufgaben herangezogen werden, die davon auch im hohem Maße profitieren. Und daher fordern wir von der Politik: Besteuert endlich nach Leistungsfähigkeit durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes. Zieht endlich große Vermögen zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben durch eine Vermögenssteuer heran und beteiligt zumindest die Finanzmärkte an den Kosten ihres Treibens durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Und schränkt die Gewerbesteuer nicht ein, sondern erweitert ihre Bemessungsgrundlage und beteiligt auch Freiberufler und Selbstständige.

Dieses Land und dieses Bundesland hat die Ressourcen, diese Zukunftsaufgaben im Interesse der Menschen zu schultern – mehr Gerechtigkeit bei der gesellschaftlichen Verteilung der Lasten ist eine Voraussetzung.

Kolleginnen und Kollegen,

vor uns steht der Gewerkschaftstag der IG Metall. Ich erwarte mir, dass dieser Gewerkschaftstag dazu beiträgt, mit Schwung und Orientierung die offenen Fragen der Entwicklung unserer Arbeitsbedingungen, unserer Arbeitswelt anzugehen und dabei nicht aus dem Auge verliert, dass wir nur so stark sind, wie wir in der Mitte unserer Belegschaften verankert sind. Ihre Interessen, ihre Anforderungen an eine gewerkschaftliche Interessensvertretung, ihre Fragen an die Arbeitswelt von morgen, sind aufzunehmen.

Wir brauchen diese Verankerung auch, wollen wir, was die Metall- und Elektroindustrie angeht, konkret gestaltend Antworten geben.

Und wenn ich Wünsche habe, dann will ich schlussfolgernd zu dem im Rahmen dieses Geschäftsberichts Gesagten, drei benennen, über deren Eintreten ich euch heute in einem Jahr berichten kann:

1. Wir haben es geschafft die Schande der Leiharbeit durch wirksame Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte erfolgreich zu bekämpfen. Tagelöhner und Lohnklaverei gehören nicht in eine Arbeitsgesellschaft des 21. Jahrhunderts !

2. Wir haben es geschafft, dass Jugendliche ihren Berufsstart nicht mit Arbeitslosigkeit und Befristungen beginnen, sondern diese Generation eine Chance hat auf gute Ausbildung und eine berufliche Perspektive durch unbefristete Übernahme.
3. Wir sind stärker geworden an Mitgliedern und Mitkämpfern auch durch eine aktive Entgelt-runde. Wir haben noch mehr Power, die Interessen der Beschäftigten nicht als Bittsteller, sondern auf Augenhöhe, zu vertreten.

Das ist das, was ich mir wünsche berichten zu können: Da mögen manche sagen, Hofmann träume weiter.

Ich sage euch und ihr wisst es: Das sind keine Träume Wir haben es in der Hand. Nehmen wir die Chance und handeln gemeinsam, Kolleginnen und Kollegen !.